

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gohndorf, Röllig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangenadorf, Thurm, Niederwüllen, Ruffsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 16.

Capitulationsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang. Dienstag, den 21. Januar.

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Bestellungen nehmen die Buchhandlung, Wilhelm Ebert-Str. 5b, alle Postanstalten Postboxen, sowie die Kundträger entgegen. — Inserate werden die halbjährliche Grundgebühr mit 20, für auswärtige Besteller mit 25 Pf. berechnet. — Retenamen für den Druck- und Anzeigenpreis Nr. 7. — Im amtlichen Teil kostet die Seite 45 Pf., für Kundentage 75 Pf. — Telegramm-Adresse: Tagesblatt.

Wahlvorschläge für die Lichtensteiner Stadtverordnetenwahl.

Für die am 26. d. M. stattfindende Stadtverordnetenwahl sind beim unterzeichneten Wahlkommissar folgende Wahlvorschläge eingereicht worden:

Vorschlagsliste A,

aufgestellt vom „Sozialdemokratischen Verein“

1. Münch, Friedrich, Kassierer, Waldenburger Straße 7,
2. Sintel, Hermann, Bergarbeiter, Wiesenstraße 2a,
3. Pypmann, Robert, Geschäftsführer, Wettinstraße 3,
4. Fuchs, Emil, Koryektor, Kurgasse 13,
5. Schneider, Christoph, Bergarbeiter, Kurgasse 13,
6. Rörds, Hermann, Schankwirt, Gemeniger Berg 2,
7. Brunner, Richard, Bergarbeiter, Webendorfer Straße 11,
8. Mehlhorn, Rudolf, Schuhmann, Hauptstraße 31,
9. Koch, Moritz, Bitterhändler, Gartensteiner Straße 18,
10. Röllig, Max, Bergarbeiter, Rölliger Straße 10,
11. Reinhold, Hugo, Zimmerer, Gemeniger Straße 34,
12. Kühn, Albin, Drahtzieher, Badergasse 15,
13. Ruder, Friedrich, Bergarbeiter, Kurf. Gartenst. Str. 1,
14. Rober, Martin, Fabrikarbeiter, Waldenburger Straße 12,
15. Sattler, Ernst, Kassenkassierer, Gottesackerstraße 9.

Vorschlagsliste B,

aufgestellt vom „Bürgerausschuß“

1. Janthanel, Martin, Fabrikant, Glanbacher Str.,
2. Weiß, Arno, Handelschuldirektor, Kurf. Gartenst. Str.,
3. Niehus, August, Kaufmann, Webendorfer Straße,
4. Schwarz, Ernst, Geschäftsführer, Kurgasse,
5. Rohm, Paul, Klempnermeister, Hauptstraße,
6. Claus, Ernst, Betriebsleiter, Webendorfer Straße,
7. Beckert, Dora, ledig, f. d. H. S. S. Gartenst. Str.,
8. Röllig, Moritz, Postkassierer, Webendorfer Straße,
9. Schaefermann, Otto, Schornsteinfegermeister, Kirchstraße,
10. Wienhold, Minna, verheiratet, geb. Bräutigam, Kurgasse 1,
11. Färber, Alfred, Prokurist, Badergasse,
12. Weill, Toni, Schneidermeister, Untere Badergasse,
13. Reinhold, Karl, Kaufmann, Topfmarkt 1,
14. Röcher, Karl, Bauunternehmer, Wilh. Ebert Straße,

Vorschlagsliste C,

aufgestellt vom „gewerblichen Mittelstand“

1. Stögler, Oskar, Handelsmann, Bleichgasse 14,
2. Gadesfelder, Max, Fabrikant, Badergasse 18,
3. Bahner, Gustav, Fabrikant, Fürst Otto Viktor Str. 4,
4. Böge, Otto, Tischlermeister, Topfmarkt 1,
5. Dr. Glanung, Oberamtsrichter, Glanbacher Str. 18,
6. Nielsen, August, Konditormeister, Hauptstr. 15,
7. Söh, Emil, Landwirt, Kurf. Gartensteiner Straße 1,
8. Sepelt, Albin, Bäckermeister, Wilh. Ebert Straße,
9. Rißke, Robert, Malermeister, Innere Gartenst. Str.,
10. Gehdel, Emil, Kaufmannsgehilfe, Kirchstraße 6,
11. Günther, Moritz, Silberwarenfabrikant, Fürst Otto-Viktor-Str. 1,
12. Vogel, Emil, Schlossermeister, Schleiberg 23,
13. Graf, Louis, Fabrikant, Jennerberg,
14. Röllig, Paul, Wirt, Webendorfer Straße,
15. Riedel, Karl, Wirt, Gartensteiner Straße.

Die Wahlvorschläge sind vom Wahlkommissar zugelassen worden. Wegen der Listen B und C ist Verbindung schriftlich erklärt und auch diese Verbindung ist vom Wahlkommissar zugelassen worden. Lichtenstein, am 20. Januar 1919. Bürgermeister Gieseler, Wahlkommissar, im Namen des Wahlkommissars.

Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten.

Mit Rücksicht darauf, daß die jetzige Zeitlage ganz besonders Vorkehrungen gebietet, wird erneut darauf hingewiesen, daß jeder Erkrankungs- und Todesfall an Ross, Diphtherie, Genickstarre, Typhus, Scharlach, Wundruhr und Kinderdysenterie sowie jeder Fall des Verdachtes der Genickstarre und des Typhus, wenn ein Arzt zur Behandlung des Kranken nicht zugezogen ist, unverzüglich und spätestens binnen 24 Stunden von den nachstehend aufgeführten Personen bei der Polizeibehörde des Aufenthaltsortes des Erkrankten oder des Sterbortes angezeigt werden muß.

Anzeigepflichtig sind in der nachstehenden Reihenfolge:

1. Der Haushaltungsvorstand,
2. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
3. derjenige, in dessen Wohnung oder dessen Behausung der Erkrankte oder Todesfall sich ereignet hat,
4. die Behausung.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft geahndet. (Verordnung über die Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten vom 29. April 1905, Gesetz- und Verordnungsblatt 1905, Seite 149 f. g.)

Stadtrat Lichtenstein, am 18. Januar 1919.

Ausgabe von Bezugskarten für Kindernährmittel
Dienstag, den 21. Januar 1919, vormittags 10—12 Uhr nur für Kinder unter 4 Jahren. Kinder von Fleisch- und Butterfleischverforgern, sowie Gemüse- und Hasenbauern erhalten keine Karten.

Kartoffeln

auf Landes- und Bezirkskartoffelkarten, 1 Ztr. 9.50 Mk.
Dienstag, den 21. Januar, von vormittags 8 bis 12 Uhr, (Rathaus).

Rohrüben

10 Pfund 75 Pfennige.
Der Ortsnährungsaußschuß für Gallenberg.

Bezirksverband.
Nr. 63. Lc.

Eier.

Das Eierwirtschaftsjahr endet am 31. Januar dieses Jahres. Die den Haushaltungsgemeinden aufgegebenen Pflichtlieferungen sind bis dahin zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen an die Bedarfsgemeinden weiter fortzusetzen. Die Abgabe von Eiern ist bei der jetzigen Witterung sehr gut möglich.

Die Eier sind nur durch die von der Bedarfsgemeinde zugelassenen Verkäufer an die fr. Zeit bekanntgegebenen Bedarfsgemeinden abzuliefern.

Jede andere Abgabe und Entnahme von Eiern und die Ueberschreitung der in der Bekanntmachung vom 29. Juli 1918 festgesetzten Höchstpreise wird nach den bestehenden Vorschriften bestraft.

Glanbach, den 15. Januar 1919.

Amtshauptmann Fehr. v. Weld.

Holzversteigerung.

Auf der Staatsstraße Lichtenstein-Delsitz, zwischen km 0,7 und 1,0 in der Nähe vom „Waldschlößchen“ in Gohndorf bei Lichtenstein sollen
Donnerstag, den 23. Januar 1919, vorm. 10 Uhr
13 Ahornbäume, 2,0—3,0 m lang, 35—50 cm stark, 20 m Brennweite und
Brennkäppel, 10 Haufen Reisig und 18 Wurzelstöcke
an Ort und Stelle gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.
Stidlan, am 18. Januar 1919. Straßen- und Wasser-Bauamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

* In Berlin finden Verhandlungen statt über die Sozialisierung der rheinischen Bergwerke.

* Foch fordert den Rhein als Grenze.

* In Wilhelmshaven hat die Matrosen- und Spar-Kassen-Vereinschaft trostlose Zustände herbeigeführt.

* Am Sonnabend wurde mit einer Ansprache Voiret in Paris die Friedens- (sage Vergewaltigung?) Konferenz eröffnet; Clemenceau ist zum Präsidenten gewählt. — Nur kann es mit der Erdrosselung Deutschlands durch rücksichtsloses Vorgehen Frank- reichs weitergehen.

* Marschall Foch antwortete auf ein Schreiben Erzbergers, daß er die rasche Rückbeförderung der die meiste Teilnahme einlösenden Kategorien von deutschen Gefangenen bei den alliierten Regierungen zu befrachten beabsichtige, auch will er für eine Erleichterung des Warenverkehrs zwischen besetzten und nichtbesetzten Gebieten eintreten.

* Sowohl das Reichswirtschaftsamt wie das Reichs- ernährungsamt sehen in der Erfüllung der neuen Ententeforderungen auf Auslieferung des Ackerbauges- kes den völligen Ruin der deutschen Landwirtschaft

und bestimmte Hungersnot im ganzen Reich. Unter den Folgen der Lokomotivabgaben sind im Danziger und Königsberger Bezirk schwere Störungen entstanden.

* Deutschland erhebt Protest in der Ukraine gegen Entwaffnung und Verhaftung deutscher Militärtrans- porte und reisender deutscher Zivilpersonen.

* Die Ukraine kündigt die Besetzung weiterer Teile Ungarns an.

* Ob rufaleien sieht vor dem Bergarbeitergeneral- streik: die Arbeiter bleiben bei ihren Forderungen; die Bauern drohen, keine Lebensmittel mehr zu liefern, wenn sie nicht mit Kohlen versorgt werden.

Vor der deutschen Friedensdelegation.

Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinetsitzungen unter Zuziehung des Staatssekretärs des Reiches damit beschäftigt, die Abordnung der Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung hat sie den Staatssekretär des Reiches, Grafen v. Brockdorff-Rausau und den Vizepräsidenten Scheidemann bestimmt. Ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammenfassung das neue Deutschland zur Darstellung bringen. Auch über die

Nichtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Uebereinstimmung erzielt worden. Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt worden ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich anstreben und jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen ihrer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen. Sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatsvolk und Wirtschaftsförderung gegeben sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges

noch Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Konsummaßnahmen sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte so weit wie möglich wieder hergestellt werden. Es wird unverzüglich eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Frage des Arbeiterlohns und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von dem letzten internationalen Kongreß getroffenen Beschlüsse von allen beteiligten Staaten einheitlich gleichmäßig geregelt werde. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft

abzurufen und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat Deutschland durch die Ausübung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abrüstung im wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die

friessangefangenen Deutschen immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen haben freigegeben müssen. Die Delegationen sind angewiesen, auf der Heimführung dieser gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine

kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und haben die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises zu betonen. Bei Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler den Grundsatz des

Selbstbestimmungsrechts der Völker ebensowohl zugunsten anderer einräumen, wie sie ihn zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die politische und ethnographische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die

Grundsätze des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Abmachung und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.

Die Bekanntgabe der feindlichen Friedensbedingungen.

Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Alliierten-Konferenz wird bis 25. Januar dauern. Von diesem Tage stehen die Friedensbedingungen dem Feind zur Kenntnisnahme zur Verfügung. Der feste Entschluß der Alliierten, mit der jetzigen, von der deutschen Nationalversammlung noch nicht anerkannten Regierung vorläufig nicht direkt zu verhandeln, ist inzwischen der deutschen Kommission zum Ausdruck gebracht worden.

Eine Verordnung über den Bergbau.

Berlin, 18. Januar. (Amtlich.) Verordnung, betreffend den Bergbau vom 18. Januar 1919:

1. Bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Vereinigung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgemeinschaften, seinem Erfassen, Sozialisierung, werden sofort für die einzelnen Bergangehörige Reichsbevollmächtigte ernannt. Die Ernennung erfolgt durch die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesstaat und unter Befehl dessen sonstiger Aufsichtsbehörden. Unter den Reichsbevollmächtigten muß sich je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter befinden, die von der Reichsregierung auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Reichsanzeiger vom 8. Oktober 1918, Nr. 273) ernannt werden. Aufgabe dieser Bevollmächtigten ist es, alle wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiete der Kohlenförderung, des Abbaues und der Verwertung der Kohlen fortwährend auch hinsichtlich der Preisbestimmung zu überwachen.

2. In allen Betrieben, in denen auf Grund der Berggesetze ständige Arbeiterausschüsse bestehen und vorbehaltlich des Paragraphen 12 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456) unverzüglich solche Ausschüsse, Zechen- oder Bergwerksräte aus der Mitte der Arbeiter des Betriebes in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl und nach näherer Maßgabe der Vorschriften der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu wählen. Eine Wahl von Arbeiterausschüssen durch Sicherheitsmänner findet nicht mehr statt. Die einschlägigen landesgesetzlichen Bestimmungen über die Wahlen und Befugnisse der Sicherheitsmänner bleiben in Geltung.

3. Ueber eine Vertretung der Arbeiter und Angehörigen des Kohlenbergbaues in der Reichsregierung wird eine Verordnung im Sinne des nicht zur Erledigung gelangenen Arbeiterkammergesetzes (Reichsgesetzblatt vom 13. Legislaturperiode Nr. 1490) erlassen. Die Reichsregierung Ebert-Scheidemann.

Gemäß der Verordnung vom 18. Januar 1919, betreffend den Bergbau, werden zu Reichsbevollmächtigten für die rheinisch-westfälischen Kohlengebiete ernannt: 1. Geheimrat Berggrat Köhlig im Handelsministerium 2. Generaldirektor Kögeler in Dortmund, 3. Gewerkschaftsbeamter Otto Suer.

Berlin, 18. Januar 1919.
Die Reichsregierung: Ebert, Scheidemann.

Der Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Berlin, 18. Januar. Wie die „A. Z.“ erzählt, besteht der Entwurf der neuen Reichsverfassung, welchen die Regierung der Nationalversammlung vorlegen wird, aus vier Abschnitten, von denen der erste das Reich und die deutschen Freistaaten,

der zweite die Grundrechte des deutschen Volkes, der dritte den Reichspräsidenten und die Reichsregierung behandelt.

Im ersten Abschnitt heißt es u. a.:

Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten, sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Deutsche Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz angenommen wird. Angelegenheiten, welche der Reichsgesetzgebung und Reichsverfassung unterliegen, sowie diejenigen, die wohl der Gesetzgebung, aber nicht der Reichsverfassung unterliegen, sind im allgemeinen dieselben wie bisher.

§ 5 setzt fest: Reichsrecht bricht Landesrecht.

§ 11 besagt: Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reiches zu errichten, soweit die Stammart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens 2 Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag zwischen ihnen, welcher der Zustimmung der Volksvertretung und der Reichsregierung bedarf. Will sich die Bevölkerung eines Landes teiles aus dem bisherigen Staatsverbande lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reiches zu bilden, so bedarf es hierzu einer Volksabstimmung.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. Alle Vorrechte und Nachteile der Geburt, des Standes, des Vermögens oder Glaubens sind beseitigt. Freiheit der religiösen Ueberszeugung und Ausübung der Ueberszeugung ist festgesetzt. Alle religiösen Gesellschaften sind einander gleichgestellt. Ueber die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird ein Reichsgesetz Grundzüge aufstellen, deren Durchführung Sache der deutschen Freistaaten ist.

Der Reichspräsident wird vom ganzen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 10 Jahren Deutscher ist. Der Reichspräsident hat das Reich zu vertreten, er verkündet die Gesetze, Kriegserklärung und Friedensschluß, erleiht durch Reichsgesetz Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Dem Reichspräsidenten steht die Ernennung und die Absetzung der Reichsministerien, die von dem Reichspräsidenten ernannt werden. Sie ist dem Reichstage gegenüber verantwortlich. Jeder Reichsminister trägt die Verantwortung selbständig für sein Ressort.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Ein Wahltag von einer Bedeutung, wie er in der deutschen Geschichte noch nicht zu verzeichnen gewesen ist, war der gestrige Sonntag, wird er doch maßgebend sein für die gesamte innere Ausgestaltung unseres Vaterlandes und das Verhalten der Feinde gegen uns. In Lichtenstein und Callenberg und Umgebung ist der Wahltag in aller Ordnung verlaufen. Die hiesigen 4 Wahllokale hatten militärischen Schutz erhalten, es ist aber niemand in der Ausübung seiner

Sei wie eine Blume.

Roman von Erich Ebenstein.

52. Nachdruck verboten

„Bodo will also gern bei Euch hier bleiben?“
„Bei uns ja. Aber hier werden wir wohl schwerlich bleiben.“

Jetzt zum erstenmal blickte Eugenie erschrocken auf, nachdem sie bisher ziemlich zerstreut zugehört hatte.

„Ihr wollt fort von Wydenbruck?“

„Ja! Ich schreie Dir ja schon, ich hätte dies Recht. Und ich hab es gründlich satt.“

„Aber warum denn? Es ist doch so schön!“

„Schön? Na, erlaube! Was ist denn Schönes dran, wenn diese Meise und Morlands einem überall im Wege stehen und lästig werden durch ihre Gepröcke und Besserwissen und ihre Beschränktheit? Ich dank dir für!“

„Ach — die Menschen! Um die braucht man sich doch nicht zu kümmern.“

„Das sagst Du, weil Du nicht für immer hier lebst. Du hast es freilich getan. Aber Du hast auch gesehen, wohin das führt: sie boykottieren einen dann einmisch!“

„Und wenn? Was liegt daran? Dann hat man wenigstens Ruhe!“

„Das sagt Anton auch. Aber es ist falsch.“

„Oho! Was ist falsch?“ unterbrach sie die Stimme

ihres Gatten, die jetzt, wo er in dem Schwager einen Rückhalt fand, viel freier und mutiger klang als je zuvor. „Was ist falsch?“

Die beiden Herren waren eben von einem Spaziergang zurückgekommen und betraten nun das Wohnzimmer, wo die Forsträtin und Eugenie ihrer harrend saßen.

„Was?“ nahm Tante Alma den Handschuh sofort konfuzienhaft auf. „Deine Behauptung, daß man die Menschen nicht braucht! Alle Deine Behauptungen sind ja immer falsch! Man braucht die Menschen!“

„Na ja, um mit ihnen zu streiten! Aber dazu habe ich Du am Ende noch allmal jemanden, mein Herr,“ lachte Onkel Anton genüßlich, setzte sich an seinen Platz und roste die Serviette auf.

Der Präsident, der eben seine Tochter flüchtig auf die Stirn geküßt, nickte und setzte sich dann kumm an seinen Platz.

Er sah sehr leidend aus. Sein Kopf war fast ganz kahl, das Gesicht fahlgelb und fleischlos, von zahlreichen Falten durchzogen. In seinem kalten Blick zeigten sich nur zu deutlich die Anzeichen eines beginnenden Gehirnlidens.

Er war meist völlig teilnahmslos und wies alle Besuche der Tochter, ihm wieder näher zu treten, ungeduldig ab.

Die Forsträtin sah ihren Mann immer noch starr vor Empörung an.

„Willst Du etwas sagen, daß ich — die Freiheit

bedürfte Person der Welt — mit irgend jemand Streit anzufangen möchte?“

„Na, anfangen tun ja meistens die andern, Du behauptest es nämlich — aber —“

„Soll ich nicht Paula sagen, daß sie die Ewigkeit bringe, Tante?“ unterbrach Eugenie geschickt das aufsteigende Donnerwetter.

Die Forsträtin bekam sich auch sofort.

„Na, natürlich. Das heißt, da will ich doch lieber selber gehen. Dieses lächerliche Geschloß verfallt sie noch wieder! Sie hat nämlich die Gewohnheit, stets beim Anrichten noch einen Löffel Salz hinzuzutun. Ach, wenn ich denke, welche Perle Hanna dagegen war! Wie wieder werde ich ein so ausgezeichnetes Mädchen bekommen! Und zu denken, daß die jetzt bei der Metzlerin dient! Mit diesem Strohhaas verließ die Forsträtin das Wohnzimmer.“

„Willst Du denn wirklich auch fort von Wydenbruck, Onkel?“ fragte Eugenie nun.

„A, keine Spur! Im Gegenteil — ich hoffe, Du kommst uns dabei zu Hilfe. Dein Vater und ich wollen entschieden hier bleiben. Ich bitte Dich — Tante will partout aufs Land hinaus ziehen. Was frage wir zwei Alten denn dort an ohne Frühstücken, mühseligkeit ohne Kaffeekaus usw. Na — am Lande war ich zeitlebens genug und freu mich, meine letzten Tage in dem gemütlichen Nest hier verbringen zu können! Die Leute sind auch gar nicht so schlimm, wie sie sich geben. Man muß sie nur zu nehmen wissen!“

Wahlrecht beeinträchtigt worden. Die Befestigung war im allgemeinen rege, in Lichtenstein sind 83 Prozent, in Callenberg 88 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne geschritten. Ein neues Bild bei der Wahl gaben die Jugendlichen von 20 Jahren ab und die Befestigung des weiblichen Geschlechts. An Aufführung über die Wahlhandlung hatte es nicht gefehlt, trotzdem waren noch verschiedene Wähler im Unklaren, sie haben mehrere Wahlzettel in den Umschlag, auch wohl den Ausweis mit hineingelegt; infolgedessen mußte eine geringe Anzahl Ungültigkeitserklärungen erfolgen.

Das Wahlergebnis in Lichtenstein
 stellt sich wie folgt: Sozialdemokratische Partei 2318 Stimmen, Deutsche demokratische Partei 985 Stimmen, Unabhängige Sozialdemokratie: 218 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei: 220 Stimmen und Christliche Volkspartei (Zentrum): 1 Stimme.

In Callenberg
 sind die entsprechenden Zahlen: 1177, 238, 6, 130 u. 0.

	Sog. demokr. Partei	Deutsche dem. Partei	Unabhängige Sozialdemokr.	Christliche Volkspartei (Ztr.)	Deutschnat. Volkspartei
Lue (Stadt)	6094	2400	61	79	1281
Lue (Land)	3552	10298	911	398	5542
Muerbach i. B.	3532	2502	181	35	754
Bernsdorf	669	129	2	3	72
Beiersfeld	1071	521	52	3	148
Callenberg b. Waldenburg	629	60	115	—	76
Erzmittelschau (Amtsgerichtsbezirk)	10806	4812	3509	67	1858
Chemnitz	89572	22563	3378	944	27690
Ehrenfriedersdorf	1510	592	333	—	208
Eintracht	1418	476	211	6	239
Falkenstein	2489	2189	1812	10	254
Frankenberg (Stadt)	4082	2650	329	—	267
Frankenberg (Land)	5484	1277	247	—	1443
Gersdorf	2933	306	26	4	332
Geyer	1327	721	49	—	309
Glauchau	7343	3636	1248	75	1021
Heinrichsdorf	393	49	11	—	12
Hohndorf	2221	390	4	27	219
Hofenst.-Er.	3851	1077	51	18	437
Kühnschnappel	107	47	—	—	58
Mittweida (Stadt u. Land)	10051	2947	210	29	3278
Müssen St. Nicola	1158	214	—	—	89
Müssen St. Jacob	1450	305	—	—	259
Müssen St. Michael	653	80	—	—	75
Neudorf i. Erzg.	5623	781	5	147	951
Plaue i. B.	18059	14785	11170	470	7888
Reichenbach i. B.	9075	4548	259	95	916
Röhlitz	1056	176	3	—	81
Schneeberg	2916	995	44	16	509
Stangendorf	262	39	—	—	95
Stollberg	2514	647	26	1	516
Thum	545	113	—	—	104
Zwickau	19129	11701	24	294	4828

Wahlergebnisse aus anderen Wahlkreisen

Dresden	122307	32122	7717	3543	21989
Leipzig	56671	106799	141011	2556	23743
Bautzen (Land)	18192	8769	295	2288	8468
Bittau (Stadt)	8454	8559	190	468	611
Bittau (Land)	18534	9636	—	1913	2185

Nach den bisher vorliegenden Zahlen gehen also die Sozialisten mit einer bedeutenden Uebermacht aus den Wahlen hervor, so wird auch die Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit haben, und die Geschichte des Deutschen Reiches sind in diese Hand gegeben.

Nach sei erwähnt, daß sich, wie aus der obigen Tabelle ersichtlich, die Unabhängigen Sozialdemokraten sich zum Teil (Heinrichsdorf, Zwickau usw.) der Wahl enthalten haben.

Deutsches Reich.

Berlin. (Die deutsche Nationalversammlung) wird, wie nunmehr feststeht, am 6. Februar, wahrscheinlich im Reichstagsgebäude in Berlin, zusammenzutreten, doch ist man sich in Regierungsreisen bislang über den Ort der Tagung nicht schlüssig geworden.

Aber freilich — Du kennst Tante! Wenn sie sich was in den Kopf gesetzt hat, dann...

Er verknümmte, denn die Tochter war eingetreten, gefolgt von Paula, die mit rotem Gesicht und zitternden Händen den Suppentopf auf den Tisch stellte.

Nach Tisch erbot sich Eugenie, ihrem Vater vorzulesen oder später mit ihm spazierenzugehen. Beides wurde abgelehnt.

„Du weißt, ich brauche niemand. Ich bin am liebsten allein. Ich spreche auch nicht gern, denn es freunt mich an. Verfüge also ganz ohne Rücksicht auf mich über Deine Zeit.“

Onkel und Tante hielten Sieja wie gewöhnlich. Das dauerte bis vier Uhr.

Eugenie beschloß also, da niemand sie brauchte, die Zeit zu einem Spaziergang zu verwenden und ging auf den Schloßberg.

Dort war es um diese Stunde völlig einsam, und das eben war ihr lieb.

Sie suchte all ihre einstigen Kinderplatzchen auf, wanderte an den alten Rasenmatten vorüber, umschritt den Marmor, den Ziehbrunnen aus der Türkenszeit, das Wächterhaus mit den Kanonen daneben und erreichte endlich das Plateau, um das sich eine uralte Balustrade aus Backsteinen zog.

Hier lehnte sie sich an die Brüstung und sah verloren ins Land hinein. Rings um den Berg lag die Stadt im vergilbten Grün spätherbstlicher Wälder.

(Der Neubau des Reiches.) Aus Berlin wird gemeldet: Ueber die künftige Reichsverfassung werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Das neue Deutsche Reich wird keine Kleinstaaten mehr kennen. Der größte Staat Preußen soll in 7 oder 8 Einzelstaaten aufgeteilt werden. Das Reich würde demnach aus etwa 17 einzelnen Reichstaaten bestehen. Die Gebiete, welche mehr als 3 Millionen Einwohner haben, können sich zu solchem Reichstaat zusammenschließen.

Im Entwurf ist vorgesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen Reichstaaten zusammenschließen können. Schlesien und Teile von Polen, Ostpreußen und Teile von Westpreußen, Brandenburg und Pommern mit beiden Mecklenburg, die Stadt Groß-Berlin, Hannover und Holstein, Westfalen, das Rheinland, Hessen, Sachsen unter Einschluß preussischer Gebiete, Thüringen mit dem Regierungsbezirk Erfurt, Württemberg, Bayern, die Hansestädte und schließlich als besonderer Freistaat die Stadt Wien. Die einzelnen Freistaaten werden ihre Landesangelegenheiten nach eigenem Ermessen ordnen können. Es sollen aber gewisse Grundgesetze der Reichsverfassung vorgenommen werden, welche für alle verbindlich sind. Folgend wird unter anderem auch die Art des Wahlrechtes gehören. Eine Reihe von Hoheitsrechten wird ferner dem Reiche vorbehalten bleiben, darunter auch die Landesverteidigung.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 20. Januar.

* — Der Jahrgang 1898 ist nach einem vom sächsischen Militär-Verordnungsblatt enthaltenen, auch für Sachsen gültigen Erlaß des preussischen Kriegsministeriums unter gewissen Einschränkungen in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar 1919 zu entlassen.

* — Ein Gesetz für die Einstellung der Arbeitslosen. Von den zuständigen Reichsämtern wird, wie die „S. Bta.“ meldet, augenblicklich ein Gesetzesentwurf vorbereitet, der die geregelte Unterbringung und Einstellung aller Arbeitslosen zum Ziele hat. — Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin wird jetzt auf 200 000 geschätzt.

* — Neue Regelung der Eisenbahnpreise. Zum 1. April sollen, wie gemeldet wird, neue Tarifverordnungen auf den deutschen Eisenbahnen Platz greifen, und zwar sollen auf allen deutschen Bahnen die Tarife für den Güter- und Tiertransport einen Zuschlag von 60 Prozent zu den jetzigen, schon erhöhten Tarifen bringen. Später soll eine andere Gestaltung der Gütertarife eintreten. Bei dem Personenverkehr soll auf sämtlichen bundesstaatlichen Eisenbahnen die Tarifserhöhung zu den jetzigen Fahrpreisen vorgenommen werden. Für die 1. Klasse 25 Prozent, die 2. Klasse 30 Prozent, die 3. Klasse 40 Prozent und für die 1. Klasse 100 Prozent. Die bisherigen Schnellzugzuschläge sollen fortfallen. Die Zuschläge werden für die Schnellzüge anders geregelt werden und nur eine geringe Erhöhung erfahren. In Aussicht genommen ist ferner die Einführung des Zwei-Klassen-Systems für den gesamten Eisenbahnverkehr. Es soll nur eine Postklasse und eine andere geben.

* — Diebstahl. In Müßen St. Jacob und Stangendorf sind drei Unbekannte in Militärmänteln aufgetreten, die nachts Ställe erbrochen und dem Wirtmeister Seidel in Müßen 7 Kaninchen und dem Gastwirt Uhrich in Stangendorf 5 Hühner gestohlen haben. Auch in St. Michael haben die Deutschen Kaninchen stehlen wollen, doch sind sie verscheucht worden. — Bei einem Bäckermeister in Oberplanitz wurden auf Veranlassung des Arbeiterrates bei einer Durchsuchung seiner Geschäftsräume über 5 Penne r

Getreide beschlagnahmt, die er im Wege des Schleichhandels erworben hatte.

Dresden. (Die Pocken) zeigen noch keine Abnahme! Die Zahl der Neuerkrankungen hält sich auf der bisherigen Höhe; es kommen täglich drei oder vier neue Fälle vor. Insgesamt sind in Dresden bis heute 139 Pockenfälle eingetreten, darunter elf Todesfälle. — (Ein Raubmord) ist an dem auf der Maxstraße 17 wohnhaften Kaufmann Burgholdt, der dort ein Schokoladengeschäft betreibt, verübt worden. Er wurde mit schweren Kopfwunden tot aufgefunden. Vom Täter fehlt zur Zeit noch jede Spur, auch sind die näheren Umstände vollständig unbekannt.

Leipzig. (Anlässlich des Todes Liebknechts und Luxemburgs) veranstaltete am Sonnabend die unabhängige Sozialdemokratie eine Straßendemonstration mit Umzügen und Reden, die sich gegen die Regierung Ebert-Scheidemann richteten, aber auch die Bevölkerung in Mitleidenschaft zogen. Die Betriebe lagen still, die Straßenbahnen kreuzten ebenfalls. Wenn sich auch die Führer alle Mühe gaben, die Massen vor Ausschreitungen zurückzuhalten, so gelang ihnen dies nicht. Vor allem hatten die Zeitungen unter dem Terror zu leiden, auch sind dort in Redaktion und Büroräumen Verwüstungen angerichtet worden. Am meisten hatten wohl die „Leipz. Neue Nachr.“ zu leiden, gegenwärtig sind sie aber wieder freigegeben, sodaß sie wahrscheinlich heute erscheinen. Natürlich kam es auch zu allerlei Wahlbeeinflussung, zu Verführung von Privateigentum, namentlich von Weinbäufern, wo auch die Gäste und Fremden braubt wurden. Leipzig, das den Ruf genöß, eine gastfreie Weltstadt zu sein, hat in diesen Tagen einen häßlichen Schandfleck erhalten.

Eine Proklamation an die wendische Nation.

Bautzen, 19. Januar. In einer „Proklamation an die wendische Nation“ wendet sich in der letzten Sonnabendnummer der „Sächsische Post“ an die wendische Nation als die Bauern, denen offiziell mitgeteilt wird, daß auf Grund der wendischen Landesgrundbesitzer der selbständige „Bautzener Wendenstaat“ errichtet sei und daß Wenden selbst künftig seine Geschicke auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker selbst in die Hand nehmen und eine eigene Verwaltung auf der Freidenonenschaft fordern wird. Dattiert ist diese Proklamation unter dem 1. Januar 1919; die Unterschrift lautet: Für den wendischen Nationalausschuß: Barth, Deutschmann, Dobusch und B. y. Der letztere, der längere Zeit in R. Land Gymnasialoberlehrer war, unterzeichnet als Sekretär.

Der Herr, die Stadtvertretung Bautzens eine Entschuldig, in der es u. a. heißt:

Der wendische Freistaat würde, wenn er sich nur auf rein wendisches Gebiet der Oberlausitz einschließen die deutschen Gebiete der Oberlausitz einschließen und kulturell und wirtschaftlich zusammengehörige deutsche Gebiete trennen. Diesen Staat aber auf deutsche Teile der Lausitz auszuheben, wie dies in den letzten Tagen in herausfordernder Weise öffentlich erklärt wurde, und damit die deutsche Bevölkerung zu verprovokieren, ist eine Unannehmlichkeit, die im Namen der zu über 90 Prozent deutschen Bevölkerung der Stadt Bautzen und der gegenüber der wendischen Bevölkerung überproportionalen Zahl der Deutschen der Lausitz, und der Oberlausitz im besonderen, auf sich selbst zurückgewiesen werden muß.

Wir haben in Bautzen stets als unsere lieben und sehr werten Mitglieder behandelt und gehalten und denken nicht entfernt daran, sie in ihrer nationalen Eigenart unterdrücken zu wollen. Die Bestrebungen nach Schaffung eines Freistaates berechnen zum Teil auf sehr selbstständigen Hoffnungen, die unserer letzten

Alte Tücher drängten sich in engem Gevürt an die steilen Felsabhänge mit der dort wuchernden, fest matt und grau aussehenden Wildnis von Bäumen, Büschen und Unkraut.

Ueber den Bergen lagen die Nebel. Um diese Jahreszeit, wo kein Vogel mehr sang, keine Blume mehr blühte und kein Falter mehr belebte durch die Luft gankelte, sah alles trüb und traurig aus, wie ein Festsaal am Nickermittwoch, nachdem die Luft des Carnevals verpufft.

Das paßte so gut zu Eugeniens eigener Stimmung. Auch in ihr war alles trüb und traurig.

Sie war gekommen in der Hoffnung, die Entfremdung zwischen ihrem Vater und ihr sei nun vorüber. Wieder wie einst würde er sie stolz und zärtlich an sein Herz ziehen, sie „Liebling“ und „Augentrost“ nennen und sich von ihr verhätscheln lassen.

Und sie wollte ihn alles vergessen machen, was er an Bitterkeiten und Lieblosigkeit in seiner kurzen zweiten Ehe so überreich genossen hatte.

Alles in ihr drängte förmlich zu dieser Mission. Es war eine Sehnsucht in ihr, sich hinzugeben in Liebe, aufzugeben in der Sorge für irgendeinen Menschen.

So stark war dieser Drang, daß sie sogar bereit war, wenn Papa es wünschen sollte, Floras Anerbieten einzuschlagen und ganz bei ihm in Widenbrud zu bleiben.

Andernfalls würde sie wenigstens die Ferien bei ihm verbringen: Weihnachten, Ostern, Pfingsten u.

zwei Sommermonate, die sie sich alljährlich wohl geknien durfte nach fleißiger Arbeit.

All diese Pläne waren nun vorüber. Sie hatte einen alten, verbitterten, kränklichen Mann gefunden, dem ihre Liebe nur unbequem war und der am liebsten allein oder mit Schwager Antze blieb.

Und Tante Alma wollte fort von hier. Aus tränenverschleierten Augen starrte Eugenie hinab auf das Städtchen. Sie konnte sich gar nicht denken, daß sie zum letztenmal hier war, daß fortan keines der Ihren hier mehr ein Dach haben würde für sie, daß Widenbrud aufhören sollte, ihre „Heimat“ zu sein.

Sie hatte nicht bemerkt, daß sie nicht mehr allein am Plateau war. Und sie ahnte nicht, daß zwei sonnige braune Augen längst in rohem Erstaunen auf ihr ruhten.

Er erschraf furchtbar, als plötzlich eine bekannte Stimme neben ihr sagte: „Wie hübsch, daß wir einander gerade hier unvermutet wieder treffen, grüßliches Fräulein — an diesem schönsten Punkt von Widenbrud!“ und sie sich Dr. Ugers gegenüber sah.

Wie zuvor war sie so besungen gewesen als jetzt, wo sie, bald rot, bald blaß werdend, seinen Gruß erwiderte, bemüht, ihre verweinten Augen nach Widenbrud zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)

Ueberragung nach sich als trügerisch herausstellen werden. Wir müssen fordern, daß die Wesden auf ihre staatlichen Sonderbestrebungen verzichteten, trennen von der deutschen Seite hätten und sich im Geiste des schiedlichen Staatsvertrags ihre Zukunft zu bauen und zu gestalten suchen. Wir werden ihnen von Herzen dazu die Bruderhand auch weiter reichen.

Um die weitere Entwicklung der wendischen Bestrebungen darf man gespannt sein.

Wachsende Unruhegefahr für Tschechen.

Seit drei Tagen wird die böhmische Grenze auch nach Sachsen hin von Postenketten besetzt. Unter diesen Postenketten werden größere Truppenverbände aufgesammelt. Da die Verhältnisse in Deutsch-Böhmen zu dieser Maßregel keinen Anlaß geben, so muß hier eine andere Absicht zu Grunde liegen, die sich unschwer erraten läßt. Da die Tschechen die Friedenskonferenz noch vollendete Tatsachen stellen wollen, so müssen sie sich beeilen, und alle Anzeichen weisen darauf hin, daß sie nicht mehr zögern wollen. Es sind zwar unsere Grenztruppen etwas verstärkt worden, aber die geistlichen Vorkehrungsmaßregeln genügen in keiner Weise. In der letzten Zeit tauchen, so ist einwandfrei festgestellt, in Böhmen auch slowakische Truppen in wachsender Zahl auf, und der Slowake ist ein weit gefährlicherer Soldat als der Tscheche. Unter diesen Umständen genügt der Grenzschutz in keiner Weise. Daher ist die Freiwillige nicht bloß nach dem Osten, sondern vor allem an die tschechisch-böhmische Grenze zur Vertheidigung geschickt worden, wo auch die unmittelbare Gefahr droht.

Wie dem „Kunab. Wochenbl.“ halbnamlich mitgeteilt wird, ist Weipert von den Tschechen besetzt worden. Auch in Gotschab und Johanngeorgenstadt stehen Tschechen an der Grenze. Sie patronisieren bei Gotschab und Rittersgrün und D. Wisenthal und bezwecken vor allem die Behinderung des Lebensmittel-smuggels.

Die Gefährdung Schlesiens.

Breslau. Im Breslauer Rath aus fand eine Konferenz der Behörden, der Presse, der Arbeitgeber

und Arbeiterführer statt, in der der Chef des Stabes des 6. ostpreuss. Armeekorps nachdrücklich auf die schwere Gefährdung Schlesiens hinwies. Die Tschechen haben eine kriegserprobte, schlagkräftige Armee von 500 000 Mann mit reichlichen Geschützen und bedrohen von Brannau aus die Grafschaft Glatz. Die Polen besitzen 18 Divisionen, die von Gumburg in Oberschlesien jeden Augenblick einfallen können. Strengste Forderung sei die Bildung eines schlesischen Freiwilligenkorps zum Selbstschutz.

Bankhaus Bayer & Heinze,
Lichtenstein-Callenberg,
Badergasse 6.
Hauptgeschäft Chemnitz Schwesterfiliale Burgstädt

Stahlkammer
unter Mitverschluss der Mieter.
Kleine Fischer 3.— Mk. jährlich.

Bermischtes.
Eine halbe Million Kriegsanleihe erbenzt. Einem neuen Gannertid sind zahlreiche Personen in Berlin zum Opfer gefallen. In der letzten Woche erließ ein Paul Behrens Anzeigen in den Zeitungen, wonach er Kriegsanleihe zum Preise von 96 v. H. kaufte. Er empfing am Sonnabend nachmittags und am Sonntag vormittags seine Opfer und zeigte ihnen ein Telegramm, nach dem ihm 320 000 Mk. an die Reichsbankstelle überweisen worden seien und bezahlte die Wertpapiere mit Schecks. Da die Bank am Sonnabend nachmittags und am Sonntag geschlossen sind, konnten die Kriegsanleihebesitzer erst am Montag

die Schecks bei den Banken vorgezeigt. Hier erfuhren sie, das Behrens kein Bankguthaben habe.

44 000 Lebensmittelkarten geraubt. Eine dreißigköpfige Räuberbande hat im Reinsendorfer eine Brotkommission heimlich gestohlen. In dem Gebäude der dritten Gem.-l.-d.-Schule Bantowr Klise lagerten 36 000 Brot- und 8000 Kartoffelkarten. Die Bande durchsuchte es aus und überreichte gegen 3 Uhr nachts den Sicherheitsposten und kürzte sich mit vorgehaltenem Revolver auf ihn. Einer der drei Einbringer blieb mit dem Revolver vor dem Posten stehen, während die anderen die Brot- und Kartoffelkarten stapelten. Die Räuber entkamen.

Raubüberfall auf eine Sparkasse. Am Freitag wird gemeldet; Eine Räuberbande drang in die Zweigstelle der Städtischen Sparkasse in der Auguststraße 28 ein, raubte 200 000 Mk. und entkam mit der Beute unerkannt. Die Bande bestand aus aus Soldaten. Sie schnitten die Telefonleitung entzwei und während einer die Beamten mit dem Revolver bedrohte, raubten die anderen das vorhandene Geld.

Ein Urteil der englischen Besatzungsbehörden in Köln. Das Kriegsgericht der Besatzungsbehörde in Köln belegte den Besitzer eines Panoptikums, der wärschere Beize ausgeführt hatte, an denen angeblich 100 engl. Dum-Dum-Geschosse herrührende Wunden nachgebildet waren, woran die englischen Soldaten Mergernis nahmen, mit schwerer Strafe. Die Strafe lautete auf vier Monate Gefängnis und 7000 Mark Geldstrafe oder weiterer zwei Monate bei sofortiger Verhaftung.

Französischer Sprachunterricht in der Pfalz. Die Besatzungsbehörden haben, wie aus der Südpfalz gemeldet wird, die Einführung d. französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen verfügt. In den Städten Annweiler und Bergzabern soll es hinsichtlich ein dreistündiger Unterricht, in den Landgemeinden ein ein- bis zweistündiger Unterricht erteilt werden. Der Unterricht ist nach der Methode der Volksschule zu erteilen.

Stelle wieder eine große Auswahl pr. schwerer, junger obdunburger und ostpreussischer

Kühe
hochtragend, neuweiland und mit
Kälbern,
mit leichter Abkälftung, **Pferde** zu vermehren
anherden eine Auswahl
zum Verkauf

Robert Heide, Wüstenbrand,
Telephon 197, Hohenstein.

Färberei
Hugo Seyder, Lichtenstein-C.
übernimmt das
Umfärben von foldgr. Uniformstücken
in schwarz, marinblau etc. sowie auch der Stoffe
in allen Farben. Schnellste und preiswerte Bedienung.

Pferde-Verkauf!
Donnerstag, den 23. d. d. Monats
hittt wieder ein Transport erstklassiger
schwerer

**Arbeits-
Wagenpferde**

sehr preiswert unter weitgehendster Garantie und günstigen Zahlungsbedingungen in meinen Ställen zum Verkauf etc.
Zucht- und Mischkälbe treffen erst nächste Woche ein.

Paul Gerold, Zuchtvieh- und Pferde-Import,
Zwickau, Hermannstr. 7, am Bahnhof, Telefon 1020.

Brauchen Sie Drucksachen?

Unsere leistungsfähige **Buchdruckerei** liefert schnell und sauber **Geschäftsdrucksachen** wie: Briefbogen, Rechnungen, Mitteilungen, Postkarten für Hand- u. Maschinenschrift, Briefumschläge, Kostentabellen, etc. u. alle andern Formulare

Werbedrucksachen wie: Kataloge, Prospekte, Rundschreiben aller Art

Durchschreibebücher für Aufträge, Eiferscheine, Rechnungen und alle Zwecke

Familien drucksachen wie: Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs-, Traueranzeigen.

Otto Koch & W. Pester
Verlag des „Lichtenstein-Callnberger Tageblattes“
- Wilhelm Ebert-Strasse 5b, -

Über Sand und Meer
Deutsche Illustrierte Zeitschrift
Vorzüglichste moderne Zeitschrift für Haus und Familie
Romane und Novellen erster Autoren
Naturwissenschaftliche und technische Aufsätze
Theater - Reise
Die Frau in Haus und Gesellschaft
Erscheint jeden Sonntag
7. Jahrg. Nr. 5. - jedes Heft 50 Pfg.
Abonnements betreffen Buchhandlungen und Postämtern

KL
Mittwoch u. Donnerstag den 22. und 23. Jan.:
Das Dreimäderlhaus.
Nach der gleichnamigen Operette. - 5 Akte.
Mittwoch Anfang 5 Uhr.
Donnerstag " 6 Uhr.
Kinder haben nur Mittwoch bis 5 Uhr Zutritt.

alte Nähmaschine
resp. Nähmaschinen gestellt zu kaufen gesucht.
Gustav Zimmermann,
- Schindorf. -

Kleine Anzeigen
sind bei Aufgabe der Einzelschalt halber sofort zu bezahlen.
Die Geschäftsstelle des „Tageblattes“.

Den Herren **Automobil- und Motorflugbestreem** zur gefälligen Kenntnis, daß ich in **Glauchau**, Hausmann-Strasse 4, eine

Spezial-Reparaturwerkstatt für Motorfahrzeuge aller Art

errichtet habe. Als langjähriger Fachmann im In- und Ausland angestellt, sowie **Reparaturleiter** eines größeren Automobilbetriebes gewesen, werde ich alle mir aufgetragenen Arbeiten fachmännisch und gewissenhaft ausführen. Nicht fahrbereite Wagen werden abgeschleppt.
Vertreter der „Nacke“-Lastautomobile, Coswig i. Sa.

Julius Kiessling.

Auszüge aus den Bestimmungen der Gewerbeordnung, sowie Verzeichnisse
über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter hält vorrätig das
„Lichtenstein-Callnb. Tageblatt“.